

Offenheit erzeugt Vertrauen

Der neue Präsident des ASG-Kuratoriums und Vize-Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Werner Schwarz, über seine Erwartungen an die ASG, Luft nach oben im Bauernverband und die Notwendigkeit, Veränderungen zuzulassen

Was hat Sie bewogen, die Nachfolge von Heinz Christian Bär als Präsident des ASG-Kuratoriums anzutreten, außer gute Worte von Frau Dr. Rumpf?

Die ASG ist ein akzeptierter Ratgeber für Politik und Gesellschaft und hat in der Vergangenheit ein angesehenes Dialogforum für die Herausforderungen der sich wandelnden Gesellschaft geboten. Das ist Grund genug, mich zu engagieren.

Verstehen Sie Ihr Amt auch so, dass Sie sich inhaltlich einbringen werden?

Das Kuratorium ist zuerst als eine Art Aufsichtsgremium zu verstehen. Nicht im Sinne eines Aufsichtsrates, aber durchaus als ein Kontrollgremium. Wenn ich Input geben darf und das gewünscht wird, werde ich das gerne tun. Inhaltlich durfte ich mich schon früher als Referent und in Diskussionen bei den ASG-Tagungen einbringen, zuletzt auf der Herbsttagung 2020.

Was erwarten Sie künftig von der ASG?

Wir erleben eine sich verändernde Gesellschaft, gegenwärtig in einer erhöhten Geschwindigkeit. Solche Änderungen fordern neue Ansätze für die Landwirtschaft und die ländlichen Räume, vielleicht auch neue Allianzen. Darüber nachzudenken, sehe ich als eine wichtige Aufgabe für die ASG an.

Wird die ASG in Zukunft noch gebraucht?

Eindeutig ja! Der ländliche Raum umfasst viel mehr als Landwirtschaft, auch wenn die nach wie vor prägend ist. Die ASG sollte in Zukunft weiterhin eine klare Stimme des ländlichen Raumes sein. Das ist meine Erwartung. Ich erwarte auch von einer ASG, die den Vorteil einer öffentlichen Förderung hat, dass sie die Mittel effizient und effektiv einsetzt, so wie sie es in der Vergangenheit getan hat. Schließlich erhoffe ich mir Anregungen von den Zukunftswerkshops, die in den letzten Monaten stattgefunden haben.

Außer der ASG muss sich u. a. auch der Deutsche Bauernverband für die Zukunft wappnen. Gilt die Aussage noch, dass der Verband jünger und weiblicher werden will?

Die Aussage steht und ist ernst gemeint. Es ist kein frommer Wunsch. Auch Bauern leben im

21. Jahrhundert. Es entscheidet sich aber an der Basis. Wir als Bauernverband sind basisdemokratisch. Festlegungen in eine bestimmte Richtung, etwa in Form einer Frauenquote, sind nicht vorgesehen. Immerhin haben alle Landesverbände Altersbegrenzungen für ihre Funktionsträger. Hinsichtlich der notwendigen Verjüngung haben wir schon einiges getan. Ich gebe aber zu, was die Beteiligung der Bäuerinnen im Bauernverband betrifft, ist noch Luft nach oben.

Aber Sie haben Hoffnung, dass das von allein besser wird?

Ich bin mir sicher. Wir stellen immer wieder fest, landwirtschaftliche Unternehmerinnen mischen sich deutlich vernehmbar in die Diskussionen ein.

Die Corona-Pandemie stellt auch die Landwirtschaft vor neue Herausforderungen. Was bedeutet das für den Bauernverband?

Viele sprechen davon, dass wir schon länger in „disruptiven Zeiten“ leben. Das heißt, die Bedingungen verändern sich radikal. Wir sehen das im Einzelhandel und bei vielen Produktionsprozessen. Wir sehen es auch in der Landwirtschaft. Corona hat diesen tiefgreifenden Wandel weiter verstärkt. Daher ist es ganz wichtig, auch als Bauernverband seinen Standort zu bestimmen. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten, ob nun digital oder vielleicht irgendwann wieder im persönlichen Austausch.

Das Leitbild des Bauernverbandes stammt aus dem Jahr 2011. Ist jetzt der Anlass für eine Neuauflage oder wenigstens eine Weiterentwicklung?

Unser Leitbild steht nicht grundsätzlich in Frage, auch wenn es fast zehn Jahre alt ist. Klar ist aber auch, dass wir es kontinuierlich weiterentwickeln müssen. Das sehe ich als eine wichtige Aufgabe für die Zeit nach der Corona-Krise.

Was folgt für Sie aus der Aussage der Bundesregierung, „die Land- und Ernährungswirtschaft ist systemrelevant“?

Es gibt Berufskollegen, die diese Aussage mit einer gewissen Euphorie aufgenommen haben und weiter aufnehmen. Ich sehe das eher nüchtern.

Für mich bedeutet Systemrelevanz, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Die Landwirtschaft muss sich den Aufgaben, die sie zur Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung hat, stellen und sie professionell erfüllen. Systemrelevanz rechtfertigt keine Überheblichkeit. Wir müssen einfach das tun, was von uns erwartet wird, nämlich fachlich und sachlich weiterarbeiten.

Umweltthemen, aber auch Fragen des Tierschutzes haben gegenwärtig kaum Konjunktur. Erwarten Sie, dass das auf längere Sicht so bleiben wird?

Nein. Diese Themen werden wieder hochkommen. Sie sind aber auch jetzt nicht verschwunden.

Verschieben sich die Gewichte in der Diskussion von Berufsstand auf der einen sowie Umwelt- und Tierschutzverbänden auf der anderen Seite zugunsten der Landwirtschaft?

Solche öffentlichen Diskussionen zwischen Interessenvertretungen sind nie statisch. Wir werden weiter mit unseren Themen Umwelt-, Natur- oder Tierschutz im Fokus der Öffentlichkeit und der jeweiligen NGOs bleiben. Da sollten wir uns keinen Illusionen hingeben. Ich kann mir aber vorstellen, dass bei manchen der Ausdruck „Systemrelevanz“ im Hinterkopf bleibt. Vielleicht wird dadurch die eine oder andere Auseinandersetzung sachlicher geführt. Angstkampagnen, wie wir sie in der Vergangenheit des Öfteren erleben mussten, könnten es in Zukunft schwerer haben.

Muss der Bauernverband künftig deutlicher als in der Vergangenheit Roß und Reiter nennen, um nicht die ganze Branche in Verruf zu bringen?

Der Deutsche Bauernverband, aber auch der Landesbauernverband Schleswig-Holstein oder der Westfälisch-Lippische Landwirtschaftsverband haben niedergeschrieben, wofür wir stehen und was wir wollen. Das sind die Spielregeln, denen wir uns verpflichtet haben. Wer sich nicht danach verhält, ist eben nicht mit dabei. Er spielt nicht mit. Das gilt für die Tierhaltung genauso wie für die Düngung oder eben auch den Infektionsschutz bei der Beschäftigung von Saisonarbeitern.

Muss sich die Landwirtschaft vom Korpsgeist verabschieden?

Ich stelle fest, viele, gerade jüngere Landwirte, sind es leid, sich dafür zu rechtfertigen, wie manche Berufskollegen arbeiten. Der Korpsgeist wird also zumindest hinterfragt. Er hat aber seine Berechtigung, wenn es darum geht, gesunde Nahrungsmittel zu produzieren oder gute Tierhaltung zu betreiben.



Werner Schwarz ist seit 2008 Präsident des Bauernverbandes Schleswig-Holstein und seit 2012 Vize-Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV). Der gelernte Landwirt bewirtschaftet mit seinem Sohn einen Ackerbaubetrieb mit Schweinemast und Jungsauenvermehrung in der Nähe von Bad Oldesloe. Der Enkel des ehemaligen gleichnamigen Bundeslandwirtschaftsministers wirbt für Gelassenheit im Umgang mit abweichenden Positionen im landwirtschaftlichen Berufsstand und plädiert für eine neue Diskussionskultur. Schwarz betont die Notwendigkeit eines Dialogs mit gesellschaftlichen Gruppen. Im Umgang mit den grünen Landwirtschaftsministern in Kiel setzt der Bauernpräsident auf Kooperation. Auf der Basis von Offenheit und Vertrauen könne man trotz unterschiedlicher Standpunkte Zukunft gestalten. Seit vergangenen Herbst ist der 60-Jährige Präsident des ASG-Kuratoriums.

Wie gehen Sie mit den Leuten um, die sich nicht an die Spielregeln halten?

Ich habe einen Nachbarn, der sich bei der Heckenpflege nicht vernünftig verhalten hat, angesprochen und ihm gesagt, dass es so nicht geht. Ich kann nicht mit dem Kieler Landwirtschaftsministerium eine Verordnung zum Erhalt des Knicks erarbeiten und dann zusehen, wie ein Landwirt diese Regelung ignoriert. Ich denke, dass andere Berufskollegen ähnlich verfahren und das Gespräch suchen, wenn sie Fehlverhalten erkennen.

Die Borchert-Kommission ist mit ihren Empfehlungen für einen langfristigen Umbau der Tierhaltung zunächst auf breite Zustimmung gestoßen. Danach ist es still geworden. Steht der Bauernverband nach wie vor hinter den Vorschlägen?

Das ist ein guter Vorschlag, den wir ohne Wenn und Aber bejahen. Wir fordern jetzt Nachdruck in der Umsetzung. Dazu müssen die Stolpersteine aus dem Weg geräumt werden.

Was sind die Stolpersteine?

Es geht um die Finanzierung und die Verbindlichkeit der Zusage. Es muss sichergestellt sein, dass eingegangene Verpflichtungen nicht irgendwann gesetzlich verankert werden und damit aus einer möglichen Förderung herausfallen.

Ist der Vorschlag einer Tierwohlabgabe zur Finanzierung der notwendigen Maßnahmen realistisch?

Wir befinden uns zu den Details der Finanzierung noch in der Meinungsbildung. Klar ist, dass dies über den Markt allein nicht funktioniert. Insofern brauchen wir eine von der Politik und der Gesellschaft getragene Festlegung, um dieses System umzusetzen. Wie das gehen kann, muss gut überlegt sein.

Reicht Ihnen die bisherige politische Rücken- deckung, die die Empfehlungen der Borchert- Kommission erfahren?

Die Vorschläge bedeuten eine neue Herangehensweise, um gesellschaftliche Forderungen umzusetzen. Mir war von vornherein klar, dass das nicht reibungslos durch die politischen Gremien gehen wird.

Es geht darum, gesellschaftliche Ansprüche an die Tierhaltung umzusetzen. Ist das schon der vielzitierte Gesellschaftsvertrag?

Das ist zumindest ein vielversprechender Ansatz. Vertrag kommt von „sich vertragen“. Sowohl die Landwirte, die etwas ändern sollen, als auch die Gesellschaft, die etwas geändert haben möchte, müssen sich vertragen und eine gemeinsame Linie finden. Da muss sich die Breite der Gesellschaft wiederfinden. In jedem Fall gehören dazu die Tier- schützer. Aber was ist mit den Tierrechtlern, die möglicherweise kein Interesse an einem Konsens haben? Wünschenswert wäre, dass die auch mit- machen und das Konzept mittragen.

Bestandteil eines Vertrages sollte sein, dass sich beide Seiten auf Augenhöhe begegnen. Wie geht das zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft?

Eine Voraussetzung ist, dass die Landwirte unternehmerischen Spielraum behalten, um innerhalb gemeinsam festgelegter Rahmenbedingungen zu wirtschaften. Das geht nicht mit der Festschreibung von Details, was man zu tun und zu lassen hat.

Warum fallen vor allem im Bereich der Tierhaltung Kompromisse zwischen Politikern und Verbänden besonders schwer?

Tierhaltung ist emotional aufgeladen. Wenn dann noch die Beteiligten öffentlich kundtun, wo die Grenzen verlaufen, die sie unter keinen Umständen überschreiten werden, fällt eine Verständigung doppelt schwer. Trotzdem muss es unter Menschen in Verantwortung möglich sein, Lösungen zu finden.

Sie verfügen in Ihrer Funktion als Präsident des schleswig-holsteinischen Bauernverbandes über lange Erfahrung im Umgang mit grünen Ministern. Welche Erkenntnis haben Sie gewonnen?

Beiderseitige Offenheit erzeugt Vertrauen. Auf dieser Basis kann man trotz unterschiedlicher Standpunkte Zukunft gestalten. Zumindest sind wir damit in Schleswig-Holstein gut gefahren.

Land-schaft-Verbindung, aber auch andere Gruppierungen vertreten z. T. deutlich radikalere Forderungen als der Bauernverband. Werden Sie sich dem anpassen, weil das auch von Ihren Mitgliedern erwartet wird?

Radikale Forderungen hat es in der Vergangenheit immer gegeben, ebenso Verbände außerhalb des Bauernverbandes. Wir können niemanden zwingen, unsere an der Basis der Mitgliedschaft entwickelten Konzepte als allein gültig zu akzeptieren. Aber wir streiten dafür, nicht zuletzt mit den Verantwortlichen in der Politik. Wir müssen uns niemandem anpassen.

Die Einheit des Berufsstandes bleibt ein sehr hohes Gut für den Bauernverband?

Das ist für den Deutschen Bauernverband ein hohes Gut. Wir haben immer noch eine sehr hohe Durchdringung im Berufsstand, um die uns jede Gewerkschaft und jeder andere Verband beneidet. Es ist wichtig, eine kräftige Stimme zu haben. Aber es ist nicht verboten, auch unterschiedliche Sichtweisen zu vertreten.

Muss der Berufsstand offener sein gegenüber Veränderungen, die langfristig unvermeidbar sein werden?

Wir sind ein Interessenverband der wirtschaftenden Betriebe. Wenn es hohe Auflagen gibt, muss es uns erlaubt sein, diese auch zu hinterfragen. Wenn die Forderungen berechtigt sind, müssen auch wir Veränderungen zulassen. Gegen sauberes Wasser können wir Landwirte nicht argumentieren. Wir werden uns Veränderungen stellen müssen, wenn sie schlüssig und vernünftig begründet sind. ■ Rainer Münch